



Liberal und schwer bewaffnet

Militär Angesichts des Russland-Ukraine-Kriegs diskutiert Deutschland über eine neue Wehrhaftigkeit. Kritiker befürchten einen Rückfall in alte Rollenklischees. Ein Blick nach Israel lehrt, dass auch eine bewaffnete Gesellschaft liberale Züge haben kann.

Von Mareike Enghusen

Deutschland müsse wehrhaft werden, heißt es in diesen Tagen. Der Krieg in der Ukraine hat einer Gesellschaft, die sich lange in ihrem Pazifismus gefiel, einen dramatischen Meinungsumschwung aufgezwungen. Männer in Uniform scheinen wieder gefragt. Kommentatoren bringen eine Wiederbelebung der Wehrpflicht ins Spiel, einer Umfrage zufolge wäre knapp die Hälfte der Deutschen dafür. Liberale Kritiker befürchten eine Remilitarisierung der Gesellschaft und den Verlust mühsam errungener gesellschaftlicher Fortschritte. Soldatentum, Befehl und Gehorsam, Stiefel und Sturmgewehr sind für sie mit archaischen Vorstellungen von Ehre, Härte und Kampfesmut verknüpft, mit einem Männlichkeitsbild, das viele hofften überwinden zu haben.

Aber stimmt das? Oder geht es vielleicht doch zusammen: Die aufgeweichten Geschlechtergrenzen, die Ideale von Gleichberechtigung von Mann, Frau und allem, was dazwischen liegt, auf der einen und nationale Wehrhaftigkeit auf der anderen Seite? Kann der liberale, gendersensible Mann in den Panzer steigen, ohne sich und seine Weltsicht zu verändern? Einen Hinweis darauf könnte ein Blick nach Israel geben, das ein Modell vorlebt, welches nun offenbar auch der ukrainische Präsident Selenskij für sein eigenes Land anstrebt. „Wir können nicht über ‚die Schweiz der Zukunft‘ sprechen“, sagte Selenskij jüngst mit Bezug auf die Ukraine. „Aber wir werden gewiss ein großes Israel werden, mit eigenem Gesicht.“

Überschattet werden diese Worte allerdings von der jüngsten Terrorwelle in Israel. Vergangene Woche feuerte ein Attentäter wahllos auf Gäste einer Bar. Zwei Männer erlagen ihren Verletzungen. Es war der vierte schwere Anschlag im israelischen Kernland in rund zwei Wochen, und wieder waren Zivilisten das Ziel. Die Anschlagserie begann am 22. März, als ein Beduine in der Stadt Beersheva zwei Männer und zwei Frauen tötete. Drei der vier Attentäter gehörten der arabischen Minderheit an, die ein Fünftel der israelischen Bevölkerung ausmacht. Der vierte Attentäter war ein Palästinenser, der in

Nach der jüngsten Terrorwelle in Israel gibt der Premier den Sicherheitskräften „vollkommene Handlungsfreiheit“.

einem Tel Aviver Vorort vier Zivilisten und einen Polizisten tötete. Sämtliche Täter wurden am Tatort erschossen. Die Regierung versprach ein hartes Vorgehen. „Es gibt in diesem Krieg keine Beschränkungen“, verkündete Ministerpräsident Naftali Bennett. Sämtliche Sicherheitskräfte hätten „vollkommene Handlungsfreiheit“.

Israel, das machen diese Bluttaten deutlich, ist eine bedrohte Nation. Die einzige Demokratie im Nahen Osten hat sich bis an die Zähne bewaffnet. Vor jedem Einkaufszentrum, vor jedem Behördengebäude steht ein Wachmann. Ein Land, in dem junge Frauen mit lockigen Pferdeschwänzen in Kakiuniformen durch die Straßen spazieren, ein Maschinengewehr lässig über die Schulter geschwungen – kann das ein Modell sein nicht nur für die Ukraine, die nun Sicherheitsfragen über alles stellt, sondern auch für Deutschland, das die Bedeutung von Wehrhaftigkeit gerade erst wiederentdeckt?

Israel, mit einer Landfläche von der Größe Hessens und einer Allianz von Feinden beschert, zwingt seit seiner Gründung im Jahr 1948 die meisten seiner jungen Männer und Frauen zur Wehrpflicht. Ausgenommen sind nur viele ultraorthodoxe Juden, Angehörige der arabischen Minderheit und einige modern-orthodoxe Frauen, die statt des militärischen einen sozialen Dienst ableisten. Israel ist eines der wenigen Länder auf der Welt, das Frauen rekrutiert. Von Gleichberechtigung beim Militär konnte dennoch lange keine Rede sein. In den ersten Jahrzehnten dienten Soldatinnen vor allem als Krankenschwestern, Büroangestellte oder Lehrerinnen, also in als typisch weiblich markierten Positionen.

Nach dem Yom-Kippur-Krieg 1973 begann die Armeeführung, militärische Rollen für Frauen zu öffnen – aus purer Notwendigkeit: Der Krieg hatte hohe Verluste gefordert. Der Durchbruch für die Soldatinnen kam erst im Jahr 2000: Auf die Klage einer jungen Soldatin, der die Teilnahme am Pilotenkurs mit Verweis auf ihr Geschlecht verweigert worden war, entschied der Oberste Gerichtshof Israels, dass Frauen in der Armee ein Recht auf Gleichbehandlung hätten. Heute stehen über 90 Prozent aller Funktionen in der is-

raelischen Armee Frauen wie Männern offen. Im November 2021 wurde die erste Frau zur Geschwaderkommandantin in der Akademie der israelischen Luftwaffe befördert.

Dennoch bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern fort. Männer müssen drei, Frauen dagegen nur zwei Jahre dienen, aus Rücksicht darauf, dass die meisten Frauen in Israel Kinder gebären (drei im Schnitt) und dafür in der Regel Ausbildung oder Karriere unterbrechen müssen. Nur ein Drittel aller Soldaten ist weiblich, und nur 23 Prozent aller Offiziere. Und noch immer gibt es elitäre Kampfeinheiten, zu denen Frauen nicht zugelassen sind.

Längst nicht alle Menschen im Land sind überzeugt, dass Frauen Waffen tragen oder Kampfflugzeuge fliegen sollten. Orthodoxe Rabbiner und manche konservativen Politiker kritisieren die Bemühungen, Frauen in traditionell männlich dominierte Einheiten zu integrieren, als motiviert von „radikalen Feministen“ ohne Rücksichtnahme auf die Sicherheitsbedürfnisse des Landes oder traditionelle Rollen. „Die Gesellschaft fordert im Namen der Gleichberechtigung, dass Mädchen der Truppe als Kämpferinnen beitreten können“, klagt ein einflussreicher Rabbiner. „Wir glauben und verkünden, dass die Frau für eine andere Rolle, mit einem anderen Charakter und für eine einzigartige Mission geschaffen wurde, die wichtiger und größer ist.“ Der Kampf um die Rolle der Frau in der Armee ist längst nicht ausgefochten.

Wie aber wirkt sich der Wehrdienst für alle auf die zivile Gesellschaft aus? Konserviert er traditionelle Vorstellungen von uniformierten Helden, die keine Schwäche zeigen? Oder bringt er, im Gegenteil, die Klischees zum Verschwinden, weil auch Frauen kämpfen und manchmal töten und sterben? Die Antwort ist, wie so vieles in Israel, kompliziert, und manch äußerer Eindruck mag täuschen. Was in manchen deutschen Kreisen als Anzeichen für die hoffnungslose Verweichlichung der Männlichkeit gilt, lässt sich in Tel Aviv zur Genüge finden: Straßencafés verkaufen glutenfreies Vollkornbrot, Restaurants werben mit veganen Hamburgern, Männer mit Ohrringen und rasierter Brust joggen halb nackt die Strandpromena-

de entlang, und ja, auch ein Lastenrad lässt sich hier und da sichten. Dazu gilt Tel Aviv als schwulenfreundlichste Metropole im gesamten Nahen Osten (was in dieser Nachbarschaft zugegebenermaßen keine allzu große Leistung ist). Viele Frauen wiederum, künstlicher Fingernägel zum Trotz, wirken stark und selbstbewusst und formulieren Meinungen und Wünsche mit einer Bestimmtheit, die sie gut und gern in der Armee gelernt haben könnten.

Doch das ist Tel Aviv, eine liberale, säkulare Partystadt und High-Tech-Metropole, die ein bestimmtes und – mit Blick auf das gesamte Land – minoritäres Lebensgefühl verkörpert. Nur ein paar Kilometer nordöstlich, im ultraorthodoxen Vorort Bnei Brak, gilt es als höchste Pflicht der Frau, Kinder zu gebären und aufzuziehen und dem Mann für religiöse Studien den Rücken freizuhalten.

Ein aufschlussreicheres Bild von Geschlechterrollen in Israel liefern Umfragen, so wie jene, die die Heinrich-Böll-Stiftung in Tel Aviv Ende 2021 veröffentlichte. Traditionelle Männerbilder leben in Israel demnach fröhlich fort: 72 Prozent aller jüdischen Männer vertreten die Ansicht, der Wehrdienst in einer Kampfeinheit mache „Jungen zu Männern“. Dazu glauben drei Viertel aller Israelis, Männer sollten sich eher als Frauen darum bemühen, keine Schwäche zu zeigen. Dabei variieren die Prozentzahlen mit dem Hintergrund der Befragten: Während 87 Prozent der Orthodoxen Schwäche offenbar unmännlich finden, gilt dies „nur“ für 65 Prozent der säkularen Juden. Und während 58 Prozent der arabischen Bürger Israels glauben, Männer würden logischer denken und rationaler handeln als Frauen, sind nur 37 Prozent aller jüdischen Bürger dieser Ansicht. Wie anderswo sind auch in Israel Weltbilder und Einstellungen stark mit dem soziokulturellen Hintergrund verknüpft.

Für liberale Vertreter einer Wiederbelebung der Wehrpflicht in Deutschland stecken in den Erkenntnissen aus Israel gute Nachrichten: Es ist nicht die Uniform, die einen Mann zum breitbeinigen, frauenverachtenden Macho macht. Sondern die Menschen, Werte und Vorbilder, mit denen er aufwächst.

Während 87 Prozent der Orthodoxen Schwäche offenbar unmännlich finden, gilt dies „nur“ für 65 Prozent der säkularen Juden. Und während 58 Prozent der arabischen Bürger Israels glauben, Männer würden logischer denken und rationaler handeln als Frauen, sind nur 37 Prozent aller jüdischen Bürger dieser Ansicht. Wie anderswo sind auch in Israel Weltbilder und Einstellungen stark mit dem soziokulturellen Hintergrund verknüpft.

Für liberale Vertreter einer Wiederbelebung der Wehrpflicht in Deutschland stecken in den Erkenntnissen aus Israel gute Nachrichten: Es ist nicht die Uniform, die einen Mann zum breitbeinigen, frauenverachtenden Macho macht. Sondern die Menschen, Werte und Vorbilder, mit denen er aufwächst.

weltressorts in Rheinland-Pfalz im Januar 2021 sei jedoch zuviel gewesen und haben ihre Familie „über die Grenze gebracht“.

Sie habe unmittelbar nach der Flut einen Krisenstab eingesetzt und weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die Abwägung zwischen ihrer Verantwortung als Ministerin und als Mutter sei ihr schwer gefallen. Sie habe daher entschieden, in den Urlaub zu fahren. Während ihres Urlaubs sei sie immer erreichbar gewesen, habe Telefonate geführt und sich informiert.

Am Ende ihres Auftritts schaut die Ministerin zur Seite und sagt, plötzlich ganz ohne Betroffenheit, „jetzt muss ich’s noch irgendwie abbinden“. Dann, wieder in die Kameras gerichtet, entschuldigt sie sich. Während des gesamten Auftritts kommt es ihr nicht in den Sinn, das Wort an all die Familien im Ahrtal zu richten.

Bei der Flutkatastrophe Mitte Juli 2021 sind in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mehr als 180 Menschen ums Leben gekommen, davon 134 im Ahrtal. Rund 750 Menschen wurden in Rheinland-Pfalz verletzt und große Teile der Infrastruktur sowie Tausende Häuser zerstört. Viele Menschen leben noch immer in Not- oder Ausweichquartieren.

Autokorsos sollten verboten werden

Wer während des Krieges mit Russlandflagge herumfährt, nimmt in Kauf, dass dies als Billigung gilt.

Von Katja Bauer

Sollen Autos mit Russlandflagge hupend in einem Corso durch deutsche Straßen ziehen dürfen? Die Frage, ob die Demokratie diese Art der Demonstration aushalten muss, sollte dringend mit einem Nein beantwortet werden. Es ist ein Missverständnis zu glauben, die Meinungsfreiheit rechtfertige fast alles. Die Idee einer wehrhaften Demokratie, auf der die Bundesrepublik sich begründet hat, sieht Grenzen vor – zum Beispiel dort, wo Hass geschürt wird und Straftaten gebilligt werden.

Soweit die Theorie. In der Praxis erleben wir Versammlungen, in deren Rahmen es zu diesen Grenzüberschreitungen kommt. Politisch Verantwortliche zögern oft mit Verboten, da sie das Risiko einer Niederlage vor Gericht scheuen. Jetzt müssen sie alles versuchen, um die Korsos zu unterbinden. Denn ganz gleich, was die Anmelder als Versammlungsgrund angeben: Es ist ein Vorwand. Hier wird nicht gegen Russophobie demonstriert. Wer mit einer russischen Flagge durch die Straßen fährt, während der Aggressor einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, der billigt diesen Angriff. Das darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Rücktritt fällig

Familienministerin Anne Spiegel ist von jedem politischen Verantwortungsgefühl verlassen.

Von Katja Bauer

Wenn die grüne Familienministerin Anne Spiegel bis jetzt noch keinen Grund hatte zurückzutreten, dann hat sie mit ihrer bizarren Entschuldigung am Sonntagabend dafür gesorgt, dass sie nicht im Amt bleiben kann. Nach ihrem politischen Verantwortungsgefühl scheint sie nun auch jeder Rest an Unrechtsbewusstsein verlassen zu haben. Dafür spricht – ganz jenseits aller Inhalte – ein Detail am Ende dieses denkwürdigen Auftritts. „Jetzt muss ich’s noch irgendwie abbinden“, sagt die Ministerin zur Seite gewandt. Und verfällt dann wieder in den Ton der Reue.

Spiegel war am Wochenende in die Kritik geraten, weil sie als Umweltministerin in Mainz während der Flut vier Wochen Urlaub machte. Spiegel hat ihren Fehler mit ihrem Familienleben erklärt. Dazu zählt die Erkrankung ihres Mannes genauso wie die Belastung der Eltern durch die Pandemie. Dass diese Last schwer wiegt, ist nachvollziehbar. Aber danach fragt politische Verantwortung in einer großen Krise nicht. In solch einem Moment muss man das Amt ausfüllen. Wer dazu nicht in der Lage ist, muss es zur Verfügung stellen. Und wer seine Abwesenheit als Fehler erkennt, muss Konsequenzen ziehen.

Unten Rechts

Unter Druck

Von Martin Gerstner

Moderne Rasensprenger helfen auch gegen ungeliebte Nachbarn.

Die Deutschen machen ihre Rasensprenger einsatzbereit. Ein jüngst veröffentlichter Test empfahl Geräte mit Bajonettanschluss und feinstrahligen Düsen auf einem Rohr, das sich um die Längsachse dreht. Diese Harmonie von Mechanik und Hydrologie ist von sublimen Schönheit und zugleich auf brutale Weise effizient. Die Geräte benetzen nicht nur den eigenen Rasen, sondern auch den Schottergarten nebenan und die verschwitzten Kinder, die mit einem Bajonettverschluss an den Gartenzaun gekettet werden. Das ist natürlich nichts für Freunde des naturnahen Gartens, denn ein moderner Garten-Wasserwerfer fegt auch Laub und Kleinnager hinweg.

Die Geräte dürfen deshalb nicht an Kinder oder Jugendliche herausgegeben werden – vor allem dann nicht, wenn sie Teil eines automatisierten Bewässerungssystems sind. Dabei wird nicht nur die Trockenheit des Bodens ermittelt, sondern auch der Moment, in dem die ungeliebten Nachbarn am brutalsten aus dem Schlaf gerissen werden können. Bei der ersten Wassersalve ertönt Strawinskys Feuervogel-Suite – oder das jüngste Album von Metallica. Die Ukraine hat bereits angefragt.

Familiäre Belastungen sollen als Entschuldigung dienen

Als das Ahrtal litt, ging die damalige Umweltministerin Anne Spiegel in Urlaub. Sie habe ihn der Familie wegen dringend gebraucht, sagt sie jetzt.

Von Katja Bauer

Anne Spiegel schluckt. Sie räuspert sich, mehrfach, atmet schwer, macht lange Sprechpausen. Sie sieht aus, als ringe sie mit den Tränen. Die Botschaft des kurzfristig am Sonntagabend um 21 Uhr im Berliner Familienministerium anberaumten Auftritts ist klar: Die Hausherrin trägt schwer an ein der Last dieser Stellungnahme.

Kein Wunder: Im Laufe des Sonntags ist die Ministerin stark unter Druck geraten. Denn es war bekannt geworden, dass Spiegel – vormals Umweltministerin in Rheinland-Pfalz – zehn Tage nach der Flutkatastrophe im Ahrtal zu einem vierwöchigen Familienurlaub nach Frankreich aufgebrochen war und diesen nur einmal für einen Ortstermin im Katastrophengebiet unterbrochen hatte. Zuletzt war der Druck auch deshalb gewachsen, weil in Nordrhein-Westfalen die dortige



Anne Spiegel kämpft um ihr politisches Überleben.

Foto: dpa/Annette Riedl

Umweltministerin Ursula Heinen-Esser ihr Amt niedergelegt hatte, nachdem bekannt geworden war, dass sich die 56-jährige Ministerin wenige Tage nach der Flutkatastrophe auf Mallorca für ein Wochenende mit weiteren Regierungsmitgliedern getroffen hatte, um den Geburtstag ihres Mannes zu feiern. Nach der Nachricht von Spiegels

Urlaub hatte CDU-Chef Friedrich Merz die Entlassung der Ministerin gefordert.

Lange schweigt Spiegel, dann kommt, am Abend, eine Einladung zu einem Statement. Der Auftritt wird nicht nur Anne Spiegel, sondern auch die Ampelkoalition und vermutlich so manchen Politikwissenschaftler noch eine Weile beschäftigen.

Denn Spiegel bezeichnet ihren Familienurlaub nach der Flutkatastrophe im vergangenen Sommer zwar als Fehler und entschuldigt sich dafür. „Das war ein Fehler, dass wir so lange in Urlaub gefahren sind und ich bitte für diesen Fehler um Entschuldigung“, sagt die Grünen-Politikerin am Sonntagabend in Berlin. Aber ihre Begründung ist ausgesprochen emotional und hat es in sich. Spiegel greift zu privaten Details. Sie spricht über den Gesundheitszustand ihres Mannes, der nach einem Schlaganfall „absolut keinen Stress“ habe haben dürfen. Und sie spricht davon, dass sie als vierfache Mutter in der Coronapandemie gesehen habe, dass ihre Kinder – alle noch klein – „nicht gut durch die Pandemie“ gekommen seien. Ihre Familie habe Urlaub gebraucht.

Sie stehe zwar dazu, dass sie die Spitzenkandidatur in Rheinland-Pfalz übernommen habe. Die zusätzliche Übernahme des Um-